

Eurostat-Daten zeigen:

# Mit der Sozialen Marktwirtschaft schwungvoll aus der Krise\*

Michael J. Seitz, Hannover

Nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich die Wirtschaft in Deutschland in einem rasanten Tempo erholt. Ein Blick auf die vergleichenden Statistiken des *Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat)* und ein Vergleich der Daten für die großen europäischen Länder zeigen, dass Deutschland darüber hinaus in Europa die Vorreiterrolle bei der Krisenbewältigung übernommen hat. Die jüngste ökonomische Entwicklung in Deutschland ist in vielerlei Hinsicht überraschend: Trotz der größten Weltwirtschaftskrise seit 1929 und einem Einbruch in der deutschen Wirtschaft um 4,7 Prozent im Jahre 2009 gab und gibt es keinen nennenswerten Anstieg bei der Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil: Nach den jüngsten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit lag die Arbeitslosenquote im November 2010 bei erstaunlichen 7,0 Prozent (Saisonbereinigt 7,5 Prozent) und damit auf dem niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung (siehe Abbildung 1).

Noch deutlicher zeigt sich die sehr gute Entwicklung Deutschlands im internationalen Vergleich. Während Länder wie Frankreich oder Großbritannien mit gestiegenen Ar-

beitslosenquoten aus der Krise herauskamen, setzt sich in Deutschland der positive Trend auf dem Arbeitsmarkt aus der Zeit vor der Wirtschaftskrise fort. Und auch die Überwindung der Wirtschaftskrise insgesamt gelang in Deutschland schneller und reibungsloser als in anderen Ländern, wie die ökonomischen Daten belegen (siehe Abbildung 2 und 3).

Kontrovers wird der Beitrag diskutiert, den die Große Koalition an dieser Entwicklung hat. Viele zieren sich, einen Zusammenhang zwischen der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und deren Politik herzustellen. Während sich Medien und Verfechter unterschiedlichster Ökonomieschulen noch mit der Ursachenforschung für die schnelle wirtschaftliche Erholung Deutschlands beschäftigen, sehen sich Anhängerinnen und Anhänger des Konzepts der „Sozialen Marktwirtschaft“ in ihren wirtschaftspolitischen Überzeugungen bestätigt. Sie verweisen darauf, dass vor allem eine stabile und unaufgeregte Wirtschaftspolitik die Wirtschaft eines Landes fördert. Die Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise gilt hierfür als ein gutes Beispiel. Aus den Erfahrungen der Kriegswirren heraus hatten

die Väter der Sozialen Marktwirtschaft ein praxisnahes Handlungsgerüst für die Wirtschaftspolitik entwickelt, das vor allem aus zwei zentralen Handlungssträngen besteht:

Erstens, einem klaren Bekenntnis zu den Vorteilen einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung, die es mit staatlichen Mitteln wie einer Geldwert-stabilisierenden Zentralbankpolitik, der Absicherung von Privateigentum und Vertragsfreiheit, klaren Haftungsregeln und einer durchsetzungsstarken Monopol- und Kartellkontrolle herzustellen bzw. zu erhalten gilt.

Dabei bildet die Soziale Marktwirtschaft kein festes ideologisches Korsett: Stattdessen sind zweitens bewusst pragmatische Korrekturen vorgesehen, wenn außergewöhnliche Situationen dies erfordern oder die Kräfte der Marktwirtschaft zu Ergebnissen führen, die mit den ökologischen und sozialstaatlichen Vorstellungen einer modernen Gesellschaft nicht in Einklang zu bringen sind.

Einer der wichtigsten Grundsätze bei der Sozialen Marktwirtschaft ist die Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik. So schreibt Walter Eucken, der den theoretischen Unterbau für das Konzept entwickelte und neben Ludwig Erhard als einer der Väter der Sozialen

**Marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung**

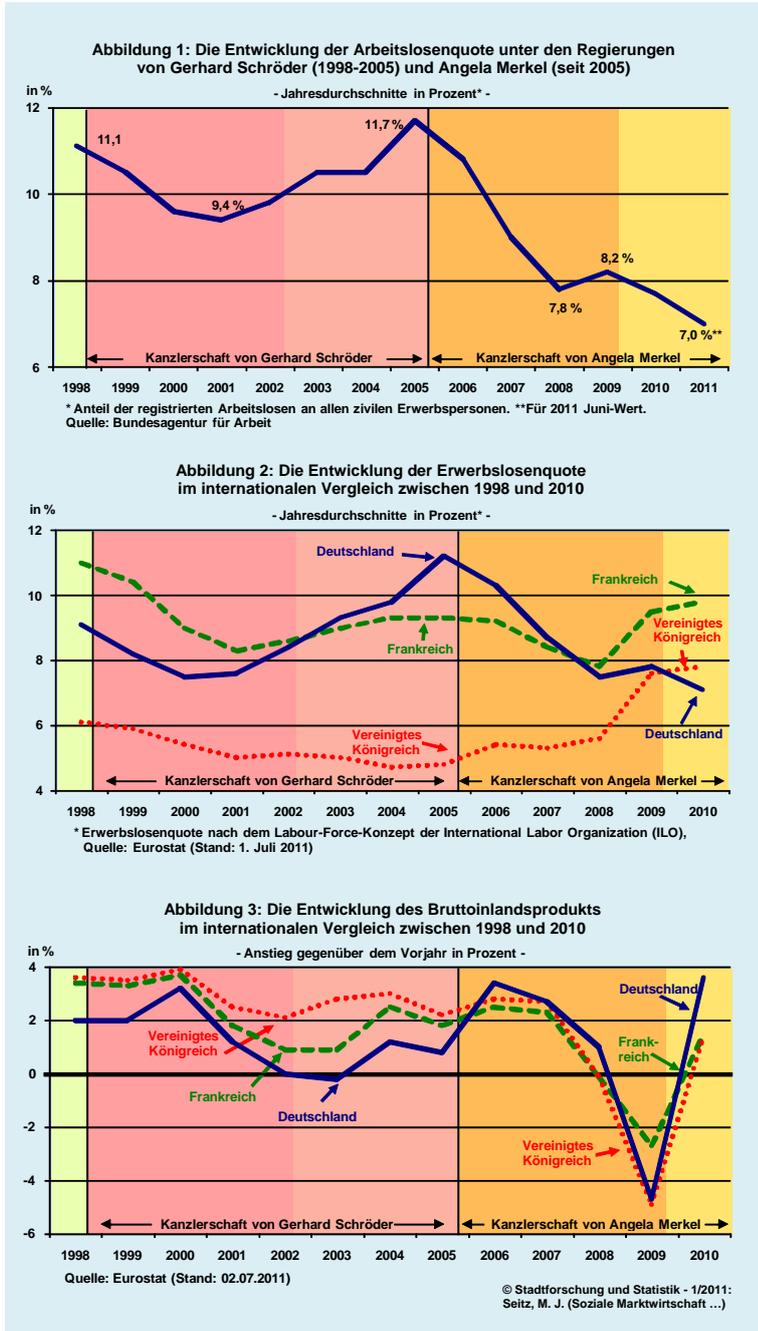
**... mit pragmatischen Korrekturen**

**Unaufgeregte Wirtschaftspolitik**

Marktwirtschaft gilt: „Eine gewisse Konstanz der Wirtschaftspolitik ist nötig, damit eine ausreichende Investitionstätigkeit in Gang kommt... Solange sie fehlt, ist mit einer ausreichenden Neigung zu investieren, nicht zu rechnen.“ (Aus: Walter Eucken (1952/90) Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. durchgesehene Auflage, Tübingen, S. 254–291)

Viele Gesetzgebungsverfahren in der rot-grünen Regierungszeit mit einer Vielzahl von erforderlichen Nachbesserungen bestätigen die Aussagen Euckens eindrucksvoll. So galt in den Jahren 2002 und 2003 der erste morgendliche Blick vieler Unternehmerinnen und Unternehmer nicht mehr ihren Geschäftsbüchern und Auftragslisten, sondern vor

allem Zeitungsartikeln und Zwischenberichten von Steuerberatern und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die über die voraussichtlichen Kosteneffekte geplanter bzw. wieder verworfener Besteuerungs- bzw. Abschreibungsregeln informierten. Aufgrund dieser Unsicherheiten rutschten die Wachstumsraten der deutschen Bruttoinvestitionen Anfang des Jahrzehnts weit stärker ab als in anderen Ländern (siehe Abbildung 4).



Einen anderen Weg wählte die Große Koalition in der Krise. Sie vermied Maßnahmen, die die Unternehmen und Konsumenten zusätzlich verunsicherten. Stattdessen verkündete und verabschiedete sie Regelungen, die vor allem positive und optimistische Signale an die Öffentlichkeit aussandten. Hierzu gehörte gleich zu Beginn der Bankenkrise die überraschende Ankündigung einer Einlagengarantie für Privatsparer. Sie sollte insbesondere bei Kleinanlegern Ängste um den Verlust ihrer Spareinlagen im Keim ersticken und ein panikhaftes Abheben der Ersparnisse bei den Banken verhindern. Auch in Richtung der Unternehmen kamen beruhigende Signale: Gesetzesvorhaben mit Einfluss auf grundlegende Investitionsentscheidungen unterblieben. Entsprechend konnten sich die Unternehmerinnen und Unternehmer ihrem originalen Kerngeschäft widmen und sich vor allem auf jene Maßnahmen konzentrieren, die in ihren Häusern zur Überwindung der Krise erforderlich waren. Mit der befristeten Ausdehnung der Kurzarbeiterregelung weitete die große Koalition die Planungssicherheit für die Unternehmen sogar noch aus. So wurde den Unternehmen mit

der verlängerten Gewährung des Kurzarbeitergeldes (von sechs auf 18 Monate) die Sorge genommen, während der Krise gut ausgebildete und bewährte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlassen. Mit der Ausweitung der Kurzarbeiterregelung dokumentierte die Regierung zudem ihre optimistische Einschätzung, dass die globale Krise mit den richtigen Maßnahmen vergleichsweise schnell überwunden werden könne.

Die Kurzarbeiterregelung hatte auch für die Beschäftigten ein wichtiges positives Signal: Zwar konnte all jenen, die in Kurzarbeit waren, die Ängste um einen Verlust des Arbeitsplatzes nicht gänzlich genommen werden. Doch zeigte die ausgiebige Nutzung der Kurzarbeiterregelung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr deutlich, dass ihre Unternehmen ernsthaft an einer Weiterbeschäftigung auch nach der Krise interessiert waren.

Eine für viele Ökonomen erstaunlich positive psychologische Wirkung entfaltete die Abwrackprämie. Erfahrungsgemäß herrscht in einer Krise nicht nur in jener Bevölkerungsgruppe eine schlechte Stimmung, die durch die Arbeitslosigkeit direkt betroffen ist, sondern wächst mit der Angst vor einer drohenden Arbeitslosigkeit auch bei den Noch-Beschäftigten eine pessimistische Grundeinstellung und in ihrer Folge eine Krisen-verschärfende Kaufzurückhaltung. Die Abwrackprämie wirkte dem entgegen. So waren über längere Zeit nicht mehr nur die Wirtschaftskrise und ihre Folgen die beherrschenden Themen in der Öffentlichkeit. Stattdessen bestimmte mit der Frage und der Entscheidung über den Kauf eines neuen Autos ein positiv

Abbildung 4: Die Entwicklung des Bruttoanlageinvestitionen im internationalen Vergleich zwischen 1998 und 2010

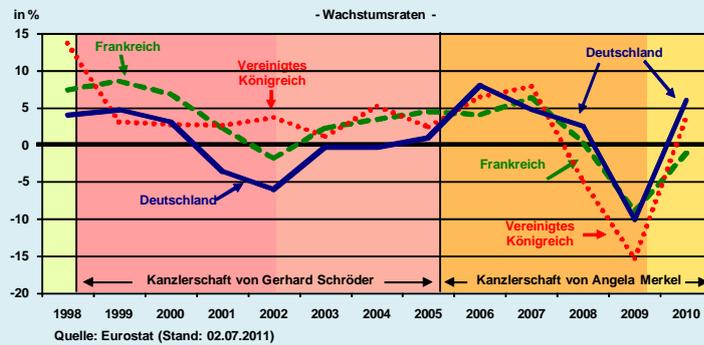


Abbildung 5: Der Konsumklimaindex der Gesellschaft für Konsumforschung zwischen 1998 und 2011



Abbildung 6: Der Vertrauensindikator der Verbraucher im internationalen Vergleich zwischen 1998 und 2011

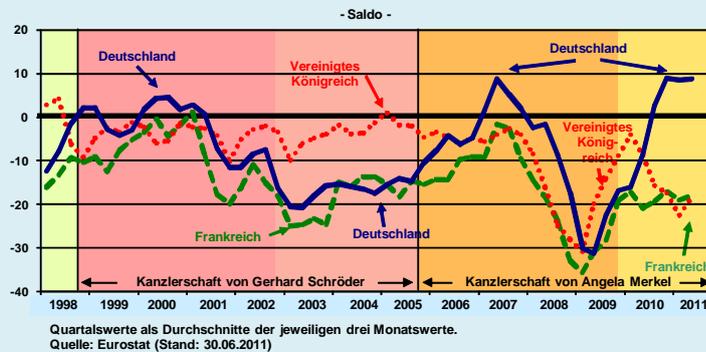
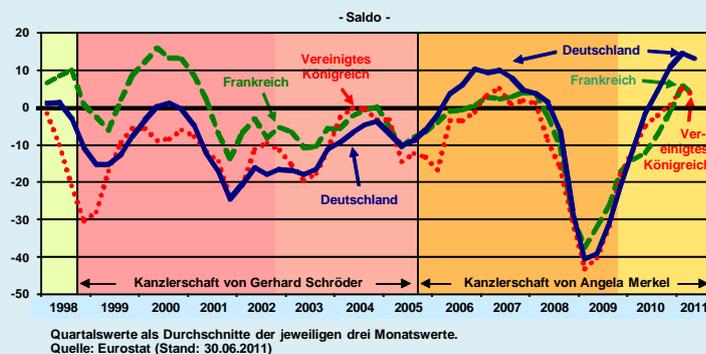


Abbildung 7: Der Vertrauensindikator der Industrie im internationalen Vergleich zwischen 1998 und 2011



© Stadtforschung und Statistik - 1/2011:  
Seitz, M. J. (Soziale Marktwirtschaft ...)

**„Vertrauensindizes“**

besetztes Thema die öffentliche Diskussion. Entsprechend gering war der Rückgang des Konsumklimaindex der Gesellschaft für Konsumforschung (siehe Abbildung 5).

Eine ähnliche Entwicklung zeigen auch die „Vertrauensindizes“ des Europäischen Statistischen Amtes, die vor allem für Deutschland eine vergleichsweise gute Stimmung bestätigen (siehe Abbildungen 6 und 7).

Lässt man die Ereignisse und Politikmaßnahmen im Zuge der jüngsten Weltwirtschaftskrise Revue passieren, so liegt der größte Verdienst der großen Koalition in der Entscheidung, den wesentlichen Grundsätzen des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft gefolgt zu

sein. Dies galt vor allem für den Verzicht auf kurzfristige steuerliche Manipulationen mit starker Wirkung auf die Kalkulations- und Investitionsbasis in den Unternehmen.

Sofern umsetzbar, wäre es vor diesen Erfahrungen interessant, bei Unternehmensumfragen künftig nicht nur Geschäftsklimaindizes zu ermitteln, sondern darüber hinaus auch eine Art „Politikstörungsindex“, in dem politisch bedingte Einflüsse auf Unternehmensentscheidungen erfasst würden.

Die Stärke des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft zeigt sich allerdings auch in seiner Flexibilität, in besonders angespannten Situationen selbst solche Maßnahmen zu akzeptieren, die unter normalen Umständen abgelehnt werden. Die staatliche Einlagengarantie ge-

hört hier ebenso dazu wie eine übermäßige zeitliche Ausweitung der Kurzarbeiterregelung oder die Subventionierung des Autokaufs über die Abwrackprämie. So wurden diese Maßnahmen aufgrund der instabilen globalen Sondersituation und der wichtigen psychologischen Wirkungen akzeptiert, wenn auch mit einer klaren zeitlichen Begrenzung.

Die Lehren aus der jüngsten Wirtschaftskrise zeigen, dass Ludwig Erhards Einschätzung, nach der 50 Prozent der Wirtschaft Psychologie sei, heute genauso gilt wie früher, und eine optimistische Grundeinstellung in einer Krise schneller zu einem unteren Wendepunkt führt als ein unterhaltsamer und personenbezogener, aber störender wirtschaftspolitischer Aktionismus.

Ausgabe 1 - 2011



# STADTFORSCHUNG UND STATISTIK

Zeitschrift des Verbandes  
Deutscher Städtestatistiker

16 000 000 – Schmutzwasseranfall – Kostensteigerung – Migrationshintergrund – DU-STATIS – Kleinräumiger Wohnwert – Kombi-Wahlen – Wahlkörper – Loyalitäts- und Übertrittsraten – Wählerwanderungsmatrix – Latente Variable – Rücklaufquote – Gefährdete Repräsentativität – Argentinien – Gewichtungseffekte – Vertrauensindizes – Amsterdam 2010 – Einbecker Bier – DUVA-Schnittstellen – Open-Source-Tools – ToolS – Zielgruppe: 50+ – Klein- und Mittelstädte – China – Einkindehe – Unternehmensregister